

- L e s e f a s s u n g -

Entgeltordnung für Lehrgänge und Fachlehrgänge des Zweckverbandes Niederlausitzer Studieninstitut

Aufgrund des § 9 Abs. 2 der Satzung des Zweckverbandes Niederlausitzer Studieninstitut vom 16. März 1995 (Amtsblatt Brandenburg Nr. 74 vom 20. November 1995) in der jeweils gültigen Fassung hat die Verbandsversammlung am 22. November 2013 für den Zweckverband Niederlausitzer Studieninstitut folgende Entgeltordnung beschlossen, zuletzt geändert durch die dritte Änderungssatzung vom 11. Dezember 2019:

§ 1 Allgemein

Der Zweckverband Niederlausitzer Studieninstitut für kommunale Verwaltung (im Folgenden Studieninstitut genannt) erhebt Entgelte von den Gemeinden, Gemeindeverbänden und anderen juristischen Personen, welche Auszubildende oder Dienstkräfte an Veranstaltungen des Studieninstituts teilnehmen lassen. Bei privat angemeldeten Teilnehmern wird das Entgelt von dem Teilnehmer selbst erhoben.

§ 2 Entgelte

Entgelte sind für die Entscheidung über die Aufnahme in einen Lehrgang/Fachlehrgang (Aufnahmeentgelt) und die Teilnahme an einem Lehrgang/Fachlehrgang (Lehrgangsentgelt/Fachlehrgangsentgelt) zu zahlen. Gleiches gilt für die Teilnahme an einem Lehrgang in Form einer Gasthörerschaft. Bei der Gasthörerschaft sind die Vorschriften über die Fälligkeiten des jeweiligen Lehrgangs, in denen die Gasthörerschaft besteht, entsprechend anzuwenden.

§ 3 Fälligkeit der Entgelte (Entgelttarif Punkt I)

- (1) Die Entgelte nach § 2 werden mit der Bekanntgabe des Schreibens über die Zulassung zur Teilnahme an dem Lehrgang/Fachlehrgang (Teilnahmebestätigung) fällig. Der Teilnahmebestätigung folgt eine Rechnung, welche den gesamten Rechnungsbetrag ausweist. Eine Zahlung in Raten kann bewilligt werden.
Für Soldatenlehrgänge gilt, dass die Teilnahmebestätigung erst nach Vorlage des Förderbescheides durch den Berufsförderungsdienst (BFD) rechtskräftig wird. Die Zahlungspflicht für den jeweiligen Teilnehmer entsteht daher erst mit Zusage des BFD, spätestens jedoch mit Beginn der Maßnahme.
- (2) Das Studieninstitut kann in der Teilnahmebestätigung einen Termin vor dem Starttermin des Lehrgangs/Fachlehrgangs festlegen, bis zu dem ein Rücktritt von der Anmeldung möglich ist. Macht der Teilnehmer hiervon Gebrauch, ist nur das Aufnahmeentgelt fällig.
- (3) Erfolgt die Abmeldung eines Teilnehmers vor Ablauf eines Lehrganges/Fachlehrganges, so ist
 1. bei den Lehrgängen:
 - Lehrgang „Verwaltungskompetenz für Quereinsteiger“,
 - Ausbildung der Ausbilder,
 - Brückenlehrgang zur/zum Verwaltungsfachangestellten,
 - Verwaltungskompetenz für Akademiker (1. Teil Fachwirt*in Technische Verwaltung)
 - und bei den Fachlehrgängen:
 - Führungskompetenz,
 - Kommunaler Bilanzbuchhalter

das Lehrgangsentgelt/Fachlehrgangsentgelt in voller Höhe zu zahlen;

2. bei dem Lehrgang:

- Angestelltenlehrgang I,
- Soldatenlehrgang Verwaltungsfachwirt/in,
- Soldatenlehrgang Verwaltungsfachangestellte/r,
- 2. Teil Fachwirt*in Technische Verwaltung

und bei dem Fachlehrgang:

- Kommunalen Finanzbuchhalter

- a) bei Abmeldung vor Durchführung der Hälfte der angebotenen Unterrichtsstunden des Lehrganges/Fachlehrganges, das Lehrgangsentgelt/Fachlehrgangsentgelt zur Hälfte,
- b) bei Abmeldung nach Durchführung der Hälfte der angebotenen Unterrichtsstunden des Lehrganges/Fachlehrganges, das Lehrgangsentgelt/Fachlehrgangsentgelt in voller Höhe zu zahlen;
- c) Eine Abmeldung ist nach Kenntnis des Ergebnisses der ersten Prüfungsleistung nur noch aus wichtigen Gründen möglich. Als wichtige Gründe werden angesehen: nachgewiesene gesundheitliche Gründe belegt durch ein amtsärztliches Attest oder unvorhersehbare wichtige dienstliche Gründe. Hält die Studienleitung des Studieninstitutes die Voraussetzungen für nicht gegeben entscheidet die Zweckverbandsversammlung.

3. bei den Lehrgängen:

- Verwaltungsfachwirt/in,
- Laufbahnlehrgang mittlerer nichttechnischer Dienst

- a) bei Abmeldung vor Durchführung des ersten Drittels der angebotenen Unterrichtsstunden des Lehrganges, das Lehrgangsentgelt in Höhe von einem Drittel,
- b) bei Abmeldung nach Durchführung des ersten, jedoch vor Durchführung des zweiten Drittels der angebotenen Unterrichtsstunden des Lehrganges, das Lehrgangsentgelt in Höhe von zwei Dritteln,
- c) bei Abmeldung nach Durchführung von zwei Dritteln der angebotenen Unterrichtsstunden des Lehrganges, das Lehrgangsentgelt in voller Höhe zu zahlen;
- d) Absatz 3 Ziffer 2 Buchstabe c gilt entsprechend.

4. bei der Ausbildung zur/m Verwaltungsfachangestellten sowie der Ausbildung zur/m Kauffrau/Kaufmann für Büromanagement:

- a) bei Beendigung des Ausbildungsverhältnisses während der Probezeit das Aufnahmeentgelt und das Lehrgangsentgelt für die bereits vor Beendigung des Ausbildungsvertrages vom Studieninstitut durchgeführten Unterrichtsstunden multipliziert mit dem Stundensatz pro Unterrichtsstunde (lt. Entgelttarif) zu zahlen. Die Dauer der Probezeit ist dem Studieninstitut durch Kopie des Ausbildungsvertrages nachzuweisen.
- b) bei Abmeldung vor Abschluss des ersten Ausbildungsjahres das Lehrgangsentgelt

in Höhe des Ergebnisses folgender Berechnung zu zahlen:

laut dem gültigen Lehrplan für die dienstbegleitende Unterweisung festgesetzte Unterrichtsstunden des ersten Lehrjahres multipliziert mit dem Stundensatz pro Unterrichtsstunde (lt. Entgelttarif),

- c) bei Abmeldung nach Abschluss des ersten Ausbildungsjahres, jedoch vor Abschluss des zweiten Ausbildungsjahres, das Lehrgangsentgelt nach b) und das Lehrgangsentgelt in Höhe des Ergebnisses folgender Berechnung zu zahlen:
laut dem gültigen Lehrplan für die dienstbegleitende Unterweisung festgesetzte Unterrichtsstunden des zweiten Lehrjahres multipliziert mit dem Stundensatz pro Unterrichtsstunde (lt. Entgelttarif),
- d) bei Abmeldung nach Abschluss des zweiten Ausbildungsjahres das Lehrgangsentgelt in voller Höhe zu zahlen.

- (4) Nimmt ein Auszubildender vorzeitig an der Abschlussprüfung teil (§ 45 Abs. 1 BBiG), ist das Lehrgangsentgelt nur in Höhe von Abs. 3 Nrn. 4b) und 4c) zu zahlen, sofern er rechtzeitig vom dritten Lehrjahr abgemeldet wurde.

Bei gleichwohl erfolgreicher Teilnahme des Auszubildenden an der dienstbegleitenden Unterweisung des dritten Ausbildungsjahres ist das Lehrgangsentgelt in Höhe des Ergebnisses folgender Berechnung zu zahlen:

zwischen dem Teilnehmer bzw. dessen Ausbilder und dem Studieninstitut abgestimmte und festgelegte Unterrichtsstunden des dritten Lehrjahres multipliziert mit dem Stundensatz pro Unterrichtsstunde (lt. Entgelttarif).

- (5) Wird das Ausbildungsverhältnis eines Auszubildenden im Rahmen einer Umschulung geschlossen, ist das Lehrgangsentgelt für das erste Ausbildungsjahr entsprechend Absatz 4 Satz 2, das Lehrgangsentgelt für das zweite Ausbildungsjahr in voller Höhe und das Lehrgangsentgelt für das dritte Ausbildungsjahr nach Absatz 4 Satz 2 zu zahlen. Bei Abmeldung in der Probezeit gilt Absatz 3 Nr. 4 a) entsprechend.

- (6) Bei Austausch eines Teilnehmers aus derselben Verwaltung innerhalb desselben Lehrganges/Fachlehrganges ist für den aufzunehmenden Teilnehmer nur das Aufnahmeentgelt zu zahlen.

Sofern der aufzunehmende Teilnehmer verpasste Unterrichtsstunden in einem anderen Lehrgang derselben Art nachholt, ist das Lehrgangsentgelt in Höhe des Ergebnisses folgender Berechnung zu zahlen:

Zwischen dem Teilnehmer bzw. dessen Verwaltungsbehörde und dem Studieninstitut abgestimmte und festgelegte Unterrichtsstunden multipliziert mit dem Stundensatz pro Unterrichtsstunde (lt. Entgelttarif).

- (7) Bei einem Lehrgangswechsel/Fachlehrgangswechsel durch einen Teilnehmer innerhalb derselben Lehrgangsart/Fachlehrgangsart ist ein Aufnahmeentgelt für den Lehrgang/Fachlehrgang zu zahlen, in den gewechselt wird.

Für den Lehrgangswechsel ist der Tag der Abmeldung vom laufenden Lehrgang (Posteingang beim Studieninstitut) lt. Absatz 10 a) und c) ausschlaggebend. Unterrichtsstunden, die im laufenden Lehrgang bis zum Tag der Abmeldung durchgeführt wurden, können nach dem Lehrgangswechsel nicht mehr kostenfrei in Anspruch genommen werden. Bei Schwangerschaft erfolgt der Lehrgangswechsel nach schriftlicher Vereinbarung. Auch hier gilt, dass die im laufenden Lehrgang bis zum vereinbarten Ausstieg durchgeführten Unterrichtsstunden nicht kostenfrei in Anspruch genommen werden können. Der Tag des Ausstiegs ist in der Vereinbarung eindeutig festzulegen.

Sofern der Teilnehmer dennoch an bereits durchgeführten Unterrichtsstunden teilnehmen möchte, so ist das Lehrgangsentgelt in Höhe des Ergebnisses folgender Berech-

nung zu zahlen:

Zwischen dem Teilnehmer bzw. dessen Verwaltungsbehörde und dem Studieninstitut abgestimmte und festgelegte Unterrichtsstunden multipliziert mit dem Stundensatz pro Unterrichtsstunde (lt. Entgelttarif).

- (8) Bei einem Lehrgangswechsel/Fachlehrgangswechsel durch einen Teilnehmer innerhalb derselben Lehrgangsart/Fachlehrgangsart, den der Teilnehmer bzw. dessen Verwaltung zu vertreten hat, z.B. fehlende Abmeldung vom Lehrgang, wird für die wiederholte Teilnahme an Unterrichtsstunden das Entgelt in voller Höhe berechnet.
- (9) Für die wiederholte Teilnahme an einem Lehrgang/Fachlehrgang bzw. dessen Teilbereichen zur Vorbereitung auf eine Wiederholungsprüfung sind Entgelte wie folgt zu zahlen:
 - a) bei wiederholter Teilnahme, die der Teilnehmer zu vertreten hat, z. B. aufgrund von Täuschungshandlungen nicht bestandener Prüfung oder Ordnungsverstößen, alle Entgelte in voller Höhe;
 - b) bei wiederholter Teilnahme in sonstigen Fällen, insbesondere wegen nicht abgelegter oder nicht bestandener Prüfung, kann der Teilnehmer 15 % der für den jeweiligen Lehrgang angebotenen Gesamtunterrichtsstunden entgeltlos in Anspruch nehmen. Der Prüfungsausschuss kann jedoch in atypischen Fällen beschließen, dass diese Ermäßigung ganz oder teilweise entfällt. Darüber hinaus sind in Anspruch genommene Unterrichtsstunden entsprechend des Entgelttarifes zu bezahlen. Die Abstimmung und Festlegung der jeweiligen Stunden erfolgt sodann im Einzelfall zwischen dem Teilnehmer bzw. dessen Verwaltung und dem Studieninstitut.
- (10) Ist absehbar, dass ein Teilnehmer langfristig dem laufenden Lehrgang fernbleibt, so ist
 - a) bei Krankheit unverzüglich die Abmeldung des Teilnehmers vorzunehmen,
 - b) bei Schwangerschaft diese unverzüglich dem Studieninstitut anzuzeigen, um den weiteren Ablauf zu vereinbaren,
 - c) in sonstigen Fällen die Abmeldung vorzunehmen.

§ 4 Höhe der Entgelte

- (1) Die Höhe der Entgelte richtet sich nach dem Entgelttarif.
- (2) Von Verwaltungsträgern und ähnlichen Einrichtungen, die nicht zu den das Studieninstitut tragenden Gemeinden und Gemeindeverbänden gehören, kann ein Lehrgangsentgelt erhoben werden, das um bis zu zwei Drittel höher ist, als die im Entgelttarif genannten.

§ 5 Zahlungspflichtige

- (1) Zahlungspflichtiger ist die Ausbildungs-, Entsendungs- oder Anmeldebehörde oder der gemeldete Teilnehmer selbst.
- (2) Bei Leistungen die nur aufgrund eines Antrages erfolgen, ist der Antragsteller Zahlungspflichtiger. Bei mehreren Antragstellern sind diese Gesamtschuldner.

§ 6 Inkrafttreten

Die Entgeltordnung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Entgeltordnung vom 05. Dezember 2011 außer Kraft.